

Laibacher Zeitung.



Nr. 115.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 Kr. Mit der Post ganzl. fl. 16, halbj. fl. 7-50.

Freitag, 19. Mai.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 Kr., größere pr. Zeile 1 Kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 Kr.

1876.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät sind Dienstag, den 16. d. M., abends nach Budapest abgereist.

Gesetz,

wodurch der § 68 der provisorischen Gemeinde-Ordnung für Laibach vom 9. Juni 1850, L. G. Bl. Nr. 276, abgeändert wird.

Mit Zustimmung des Landtages Meines Herzogthums Krain finde Ich zu verordnen, wie folgt:

Der § 68 der provisorischen Gemeinde-Ordnung für Laibach vom 9. Juni 1850 hat in seiner gegenwärtigen Fassung außer Wirksamkeit zu treten und künftig nachstehend zu lauten:

§ 68.

Wenn der Gemeinderath neue Zuschläge zu den l. f. Steuern, welche entweder für sich, oder in Verbindung mit den zur Deckung des Abganges bereits bestehenden Zuschlägen 25 % der directen Steuern oder der Verzehrungssteuer übersteigen, einführen wollte, ist hierzu die Bewilligung des Landtages erforderlich.

Zur Einführung von Zuschlägen, welche 50 % der directen Steuern oder 30 % der Verzehrungssteuer überschreiten, dann zur Einführung neuer Auflagen und Abgaben, welche in die Kategorie der obigen Zuschläge nicht gehören, sowie zur Erhöhung schon bestehender Auflagen und Abgaben dieser Art ist ein Landesgesetz nothwendig.

Zur Gültigkeit diesfälliger Beschlüsse des Gemeinderathes ist erforderlich, daß mindestens zwei Drittheile der Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind, und die absolute Mehrheit sämmtlicher Mitglieder des Gemeinderathes zustimme.

Wien, 13. Mai 1876.

Franz Joseph m. p.

Lasser m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 14. Mai d. J. dem wiener Bürger und Gemeinderathe Joseph Schnürer in Anerkennung seines vieljährigen verdienstlichen Wirkens das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen.

Die Blätter beschäftigen sich vornehmlich mit der Eröffnung der Delegationen, sowie mit der politischen

Eröffnungsrede des Präsidenten der österreichischen Delegation, Dr. Rechbauer.

Das Fremdenblatt ist der Anschauung, daß die Rede Dr. Rechbauers die obwaltenden Verhältnisse, wenn auch etwas einseitig, doch im ganzen zutreffend charakterisire. Dagegen vermag es in seinem Plaidoyer für eine Entwaffnung nur eine Aeußerung des politischen Dilettantismus zu erblicken. Wenn die Lage nur halb so ernst ist, wie Dr. Rechbauer annimmt, so könne man von keinem Staate verlangen, daß er entwaffne.

Die Deutsche Zeitung paraphrasirt die Rede Dr. Rechbauers in zustimmender Weise, sieht jedoch voraus, daß die Delegationen das Budget votieren werden. Wenn dies aber schon geschehen müßte, so soll nach dem Wunsche des Blattes doch den Delegationen und der Bevölkerung die Beruhigung geboten werden, daß der moralische Einfluß der Monarchie im Rathe der Mächte genügend stark ist, um die ihr drohenden Gefahren abzuwenden und die Erleichterung der Kriegslast anzubahnen.

Die Neue freie Presse spricht sich über die Rede Dr. Rechbauers mit besonderer Genugthuung aus.

Das Tagblatt verlangt bei Besprechung der Rede des Dr. Rechbauer eine Politik zur Wahrung der österreichischen Interessen.

Die Tagespresse betont, daß der Patriotismus in den Reden der beiden Delegations-Präsidenten beredt zum Ausdruck kam, wenn auch in sehr verschiedener Form.

Die Vorstadt-Zeitung meint, die Rede Dr. Rechbauers konnte nicht über Allgemeinheiten hinausgehen, doch war sie im ganzen staatsmännisch und volksthümlich zugleich.

Die Morgenpost gibt Dr. Rechbauer Recht, wenn er angesichts der politischen Situation sein Amt ernst nimmt.

Die Presse beleuchtet die geänderte Anschauung über Oesterreich-Ungarn, das die schwere Uebergangshase glücklich überwand und sich nach schweren Prüfungen aufs neue lebensfrisch und lebenskräftig im politischen Wettkampfe der großen Nationen erweise. Dieses Ergebnis könne die Delegationen mit sicherem Vertrauen in die Zukunft erfüllen.

Die Eröffnung der österr. Delegation.

Ueber die erste Sitzung der Reichsraths-Delegation, welche am 15. Mai vormittags in Pest stattfand, liegt uns folgender Bericht vor:

Reichs-Finanzminister Freiherr v. Holzgethan eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 40 Minuten mit der Einladung an das Herrenhausmitglied, Baron Burg, als Alterspräsident den Vorsitz zu übernehmen. Auf der

Ministerbank: Reichs-Finanzminister v. Holzgethan, auf der Bank der Regierungsvertreter: Sectionschef Freiherr v. Hoffmann, FML. v. Benedek, Vice Admiral Freiherr v. Borch, Sectionschef v. Früh, die Hofräthe von Falke, und Szent György und Sectionsrath Kraus.

Alterspräsident Freiherr v. Burg übernimmt den Vorsitz und wird, nachdem er die jüngsten Delegations-Mitglieder Oppenheimer und Walterkirchen eingeladen, das Schriftführeramt provisorisch zu übernehmen, zur Wahl des Präsidenten geschritten, wozu Dr. Rechbauer mit 42 von 43 Stimmen gewählt wird. Hierauf übernimmt Präsident Dr. Rechbauer den Vorsitz mit folgender Ansprache:

„Indem ich den Ehrenplatz betrete, auf den mich Ihr Vertrauen berufen, gestatten Sie mir vor allem, meinen warmen, tiefgefühlten Dank für die Auszeichnung auszusprechen, welche mir zum zweitenmale in so ehrenvoller Weise zuteil wird. Nehmen Sie die Versicherung entgegen, daß ich den Werth derselben, aber auch die Größe der mir übertragenen Aufgabe vollkommen zu würdigen weiß, und daß ich mit besten Kräften bestrebt sein werde, dem in mich gesetzten Vertrauen nach Möglichkeit zu entsprechen, die vollste Unparteilichkeit, unerschütterliche Gewissenhaftigkeit in Handhabung meines Amtes, vor allem die Ehre, die Rechte und Würde des hohen Hauses und seiner Mitglieder zu wahren, soll meine heiligste Aufgabe sein.“

Es ist heute die neunte Session, die wir beginnen. Ich habe die Ehre, Mitglied aller bisherigen Sessionen zu sein; doch kaum Eine, glaube ich, befand sich einer so ernsten Situation gegenüber als die gegenwärtige. Blicken wir um uns. Wenden wir unseren Blick nach außen, so finden wir zwar die Monarchie im tiefsten Frieden und freundliche Beziehungen zu allen Mächten. Das Freundschaftsbündnis der drei Kaiser, getragen von den Sympathien der mächtigsten Monarchen, gestützt durch die Interessen der Völker, scheint eine nicht zu unterschätzende Bürgschaft für den andauernden Weltfrieden zu sein. Hierzu kommt noch, daß das immer erfreulichere Fortschreiten der Entwicklung Frankreichs auf Grundlage der Freiheit, des Rechtes und der Ordnung auch die Gefahr, die chauvinistischen oder Revanchegedüste heraufzubeschwören, mehr und mehr zu beseitigen scheint.

Trotzdem kann ein denkender Patriot doch der ernstesten Sorge über die Zukunft sich nicht gänzlich entschlagen. An den Südgrenzen unseres Reiches wüthet seit Monaten ein Kampf, in welchem durch Jahrhunderte unterdrückte Völker um ein menschenwürdiges Dasein ringen. Vergeblich waren bisher die Bemühungen der Diplomatie, diesem Kampfe Einhalt zu thun. Eine Fortdauer desselben wäre bei der Grausamkeit, mit der der

Feuilleton.

Insubordination.

Eine Erzählung nach den Mittheilungen eines englischen Seemannes.

(Fortsetzung.)

„Und hat Tom nichts dagegen eingewandt?“

„Ja wol, allein es nützte ihm nichts, nur sagte ihm Herr Dyfart, daß Sie es wären, Herr Hobhouse, dem er diese Zulage zu verdanken habe.“

„Und was antwortete Tom darauf?“

„Wenn das ist,“ sagte er, „dann ist es etwas anderes!“ Und damit legte er sich ruhig hin und hielt die anderen acht Hiebe aus wie ein Mann.

Ich mußte genug. Hatte ich bisher noch geschwankt, ob es nicht besser sei, die mir von Herrn Dyfart widerfahrene Beschimpfung, vor der ja ohnedies niemand Kunde hatte, mit Ruhe zu ertragen, statt meine ganze Zukunft, meine Familie an eine Rache zu setzen, so hatte jetzt jedes Schwanken ein Ende.

Ich wollte mich rächen, mich und die gesammte Mannschaft; ich wollte den „Neptun“ von einem Manne befreien, der unser aller Heißel war.

Während meines Arrestes hatte der „Neptun“ die Anker gelichtet und Konstantinopel verlassen. Zwei Tage nach der Beendigung meines Arrestes liefen wir in den Hafen von Smyrna ein, wo Captain Wright Depeschen abzuliefern und zu empfangen und Verhaltungsbefehle zu erwarten hatte.

Als ich mich bei dem Captain wieder zum Dienste meldete, empfing mich derselbe mit seiner gewohnten

Güte. „Sie wissen,“ sagte er, „daß es im Interesse der Disciplin unumgänglich nöthig ist, die von einem Vorgesetzten getroffenen Maßregeln so viel als thunlich aufrecht zu erhalten; ich konnte daher auch die von Lieutenant Dyfart über Sie verhängte Strafe nicht mildern, wie gern ich es auch gethan, ohne die moralische Autorität desselben zu schwächen und somit die Disciplin zu lockern. Warum haben Sie auch nicht von mir eine Nacht Urlaub verlangt?“

„Weil ich nicht ahnen konnte, daß ich mich so lange als geschworen, am Lande aufhalten würde.“

Und ich erzählte dem Capitän meine Unterredung mit Tom, mein Abenteuer am Lande, meine Rückkehr an Bord, und als ich erwähnte, mit welcher Geberde Lieutenant Dyfart mir befohlen, sein Zimmer zu verlassen, da sah ich den Greis erblicken.

„Hat er das gethan!“ fragte er.

„Ja, das hat er gethan!“ antwortete ich kalt.

Der Capitän ging langsam und nachdenklich in der Kajüte auf und ab. „Ah!“ murmelte er endlich, „wie glücklich würden wir sein, wenn wir diesen Mann nicht mehr an Bord hätten!“

„Nicht wahr,“ rief ich aus, „Sie denken wie die gesammte Mannschaft. Auch Ihnen ist Lieutenant Dyfart verhaßt, und Sie würden nicht böse sein, wenn jemand Sie von ihm befreite?“

„Still! Still! Was sagen Sie da!“ antwortete der Capitän. „Uns von Lieutenant Dyfart befreien, das können nur die Lords der Admiralität! . . . Ueberhaupt,“ setzte der würdige Mann halb warnend, halb bittend hinzu, „müssen Sie die Beleidigungen vergessen, welche Herr Dyfart Ihnen zugefügt hat, denn derselbe ist — nun, Sie wissen, was ich sagen will. Sie müssen sich zugleich immer und alle Zeit erinnern, daß

die erste Pflicht eines Seemannes unter allen Umständen der Gehorsam.“

Da der „Neptun“ schon einmal während seiner Fahrt von Plymouth nach Konstantinopel bei Smyrna vor Anker gegangen war, so war mir Smyrna nicht unbekannt. Ich hatte nemlich die Bekanntschaft eines jungen, sehr unterrichteten Schweizer gemacht, der als Secretär im Dienste unseres Consuls stand. Natürlich suchte ich Herrn Schweizer wieder auf, und durch ihn machte ich die Bekanntschaft des Herrn Forcard, Capitäns der „Habelle“, eines des schönsten Kauffahrer, welche je den Hafen von Marseille verlassen. Die „Habelle“, welche ihre Ladung gelöscht hatte, war im Begriffe, über Alexandrien nach Marseille unter Segel zu gehen.

Herr Forcard war ein junger Mann, nicht zehn Jahre älter als ich, und dabei wissenschaftlich gebildet, heiter, lebenslustig und zuvorkommend, wie fast alle seine Landsleute, so daß ich schnell eine gewisse Freundschaft für ihn faßte.

Diese beiden, die Herren Schweizer und Forcard, beschloß ich zu Zeugen meiner Rache zu machen. Ich schrieb einen Brief an meinen Vater, erzählte ihm alle seit meiner Abreise am Bord des „Neptun“ vorgefallenen Ereignisse, machte ihn bekannt mit der Genugthuung, welche ich mir für den mir vom Lieutenant Dyfart zugefügten Schimpf zu nehmen gedachte, und versicherte ihn, wie das Rencontre, welches ich zu suchen entschlossen war, auch ausfallen möchte, meines Gehorsams und meiner kindlichen Liebe.

Wol süßte ich, daß der Schritt, welchen ich vorhatte, und seine Folgen meinem Vater einen tiefen Schmerz bereiten mußten, allein ich konnte auch meines Vaters strenge Begriffe von Ehre genugsam, um nicht

Kampf geführt wird, nicht nur im Interesse der Menschlichkeit auf das tiefste zu beklagen, sondern sie würde auch für uns ernste Gefahren bieten. Wir wollen daher hoffen, daß es den vereinten Bemühungen der eben jetzt an der Spree versammelten Staatsmänner gelingen möge, diese Frage in glücklicher, den Weltfrieden ungestört erhaltender Weise zu lösen.

Vor allem aber wollen wir wünschen, daß von Oesterreich jede problematische Action, deren Tragweite niemand abzusehen vermag, hintangehalten werde und daß diese schwierige Frage eine Lösung finde, wodurch gerechten Ansprüchen Befriedigung gewährt, jedoch jede Aenderung der Stellung der Machtverhältnisse Europa's welche den Weltfrieden gefährden könnte, beseitigt werde.

Wenden wir den Blick in das Innere, so sehen wir unser Land noch immer von einer volkswirtschaftlichen Krise durchwühlt, die seit drei Jahren nicht bloß über unser Land, sondern nahezu über ganz Europa gekommen ist.

In einer solchen Krisis, in einem solchen volkswirtschaftlichen Nothstande tritt um so mehr der ernste Beruf an uns heran, die uns von der Regierung Sr. Majestät eingebrachten Vorlagen mit dem ganzen Ernste, welchen die Wichtigkeit derselben erfordert, und mit aller Genauigkeit und Beobachtung der strengsten Sparsamkeit ins Auge zu fassen. Immer mehr wird die Ueberzeugung Gemeingut aller, daß der enorme Heeresaufwand, unter dem Europa leidet, nicht lange mehr ertragen werden kann, ohne den vollständigen Ruin der Bevölkerung herbeizuführen. Kein ernster Politiker wird jedoch glauben, daß durch eine allfällige internationale Conferenz, möge sie nun von den Fürsten oder von Volksvertretern beschickt werden, das Uebel des Krieges für immer zu beseitigen möglich ist. Wol aber glaube ich, daß die fortwährende Kriegsbereitschaft, welche das Uebel des Krieges aus einem acuten zu einem vollständig bleibenden macht, daß diese Kriegsbereitschaft, die an dem Marke der Völker zehrt, doch endlich beseitigt werden wird, und wenn warmfühlende Patrioten auch dieses Ziel — die Frage der Heeresabrüstung — ins Auge fassen und Volksvertreter in dieser Beziehung Schritte zu einer gemeinsamen Verständigung über diese Lebensfrage der Völker anzubahnen suchen, so glaube ich, verdient dies alle Anerkennung. Oesterreich ist leider nicht in der Lage, für sich allein mit einem guten Beispiele vorzugehen zu können. Mitten im Gewoge drängender Völker gelegen, wirkt alles auf daselbe zurück. Hiezu sind in neuester Zeit die Fortschritte der Wissenschaft und der Technik in der Erfindung neuer mörderischer Waffen besonders fruchtbar. So große Opfer mit der Anschaffung derselben verbunden sind, so ist doch kein Staat in der Lage, dieselben ganz von sich zu weisen, will er nicht seine Söhne, welche berufen sind, das Vaterland zu verteidigen gleichsam wehrlos den überlegenen Waffen preisgeben.

Hier das Richtige zu finden, das, was die Integrität, Würde, Freiheit und Unabhängigkeit des Reiches erfordern, selbst mit Opfern aufzubringen, andererseits aber jede Ausgabe, die nicht unabweisbar notwendig, im Interesse der Völker, welche ohnehin schon schwer belastet sind, hintanzuhalten: darin das Richtige zu finden, ist die große Aufgabe, die wir zu lösen haben.

Mit dem vollen Bewußtsein der uns obliegenden Pflichten gegen das Vaterland und seine Völker wollen wir nun mit patriotischem Eifer an die Lösung unserer

großen Aufgabe herantreten. Bevor wir aber in die Thätigkeit selbst eintreten, glaube ich gewiß im Sinne der ganzen hohen Versammlung zu handeln, daß wir dieselbe mit einem Acte der Huldigung und Verehrung gegen unseren erhabenen Kaiser beginnen. (Der Präsident und die Versammlung erheben sich von ihren Sitzen.) Ich lade Sie daher ein, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf unseren constitutionellen Monarchen: Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph I. Lebe hoch! hoch! hoch!" (Die Versammlung bringt ein dreimaliges begeistertes Hoch aus.)

Zum Vicepräsidenten wird Graf Wrba-Freudenthal mit 42 von 44 Stimmen gewählt. Derselbe drückt seinen Dank mit der Versicherung aus, daß er rastlos bestrebt sein werde, der ihm zu theil gewordenen Auszeichnung zu entsprechen.

Zu Schriftführern werden hierauf die Delegierten Max Freiherr v. Rübeck, Ritter v. Oppenheimer, Graf Belrupt, Freiherr v. Walterskirchen und zu Ordnen die Delegierten Fürst Thurn und Taxis, Graf Guido Thun, Ritter v. Oppenheimer und Dr. Stöhr gewählt.

In den Verifications-Ausschuß werden gewählt die Delegierten Schier, Streeruwitz, Kofsbacher, Neumann und Graf Mercandin.

Reichs-Finanzminister von Holzgethan bringt folgende Regierungsvorlagen ein: der Voranschlag über den gemeinsamen Staatshaushalt der österreichisch-ungarischen Monarchie für das Jahr 1877 nebst Vorlagen über die Nachtrags-Credite für das Heer und die Marine; die Schlußrechnung über den gemeinsamen Staatshaushalt der Monarchie für das Jahr 1874; Nachtragscredite für die den Flüchtlingen aus Bosnien und der Herzegowina gewährten Unterstützungen.

Ueber Antrag des Delegierten Dr. Herbst wird hierauf sofort zur Wahl eines aus neun Mitgliedern bestehenden Petitions-Ausschusses und eines aus 21 Mitgliedern bestehenden Budget-Ausschusses geschritten, und zwar werden in den Petitions-Ausschuß gewählt die Delegierten Stöhr, Kellner, Burg, Scharfsmidt, Mercandin, Oppenheimer, Max Rübeck, Ciani und Vienbacher. In den Budget-Ausschuß werden gewählt: Herbst, Ritter, Webl, Schaub, Klier, Brestel, Demel, Engerth, Hartung, Viechtenstein, Reehberg, Czartoryski, Groß, Winterstein, Widmann, Coronini, Banhans, Walterskirchen, Sturm, Siska und Kuranda.

Nachdem noch mitgetheilt wird, daß Se. Majestät der Kaiser die Delegierten an einem der nächsten Tage empfangen wird, erfolgt um 12 Uhr 45 Minuten der Schluß der Sitzung. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung wird im brieflichen Wege bekannt gegeben werden.

Das gemeinsame Budget.

Den Delegationen wurden die Vorlagen für den gemeinsamen Staatshaushalt 1877 nebst einer Nachtrags-Creditforderung für Heer und Marine in der Höhe von 700,982 fl. übergeben. Das Ministerium des Außern beansprucht 4.299,180 fl. (um 17,020 fl. mehr als 1876), findet aber eine um 431,500 fl. größere Bedeckung, so daß das Netto-Erfordernis um 414,480 fl. geringer ist, als es im verflossenen Jahre war. Wenn man die Abminderung der außerordentlichen Ansprüche per 34,000 fl. dazu rechnet, stellt sich die Schlußziffer des Erfordernisses auf 3.180,480 fl. (um 448,480 fl. niedriger als 1876). Das Netto-Erfordernis für das

trauen zu mir, Herr Hobhouse," sagte er endlich, „und doch haben Sie Unrecht!"

„Wer sagte dir das, Tom? Ich kein Vertrauen zu dir!"

„Seit Sie aus dem Arrest entlassen sind, sind Sie so nachdenklich gewesen, wie nie zuvor. Genug, ich weiß, was Sie vorhaben."

„Das möchte ich bezweifeln!"

„Was es auch sei," antwortete Tom, „vergessen Sie nicht, daß der alte Tom Ihnen gehört mit Leib und Seele, wenn Sie ihn nötig haben sollten!"

Ich war durch die einfache, ungekünstelte Anhänglichkeit des alten Burjken fast bis zu Thränen gerührt. „Hier, Tom," sagte ich und drückte ihm meine Börse in die Hand, „hier ist etwas für dich und die Mannschaft; trinkt davon auf mein Wohlergehen!"

Tom leerte den Inhalt der Börse in seine grobe, von der Arbeit gehärtete, vom Seewasser zerbeizte Hand, reichte das Geld einem Matrosen und steckte die leere Börse in seine Tasche. „Da!" sagte er, „das gibt euch Herr Hobhouse, um auf seine Gesundheit zu trinken!"

„Herr Hobhouse soll leben!"

„Ja, Herr Hobhouse soll leben!" murmelte Tom, „das ist gut gesagt, aber . . ." Und dann sich meinem Ohr nähernd, flüsterte er mir zu: „Trauen Sie dem Lieutenant nicht! Trauen Sie dem Lieutenant nicht! Trauen Sie ihm nicht; er ist faßch wie eine Raze."

„Es ist gut, Tom!" antwortete ich und drückte ihm die Hand. „Lebe wohl!"

Ich eilte davon und hatte Mühe, um meine Thränen zu verbergen; der Abschied von Tom, diesem alten, wetterharten, aber mir so ergebenen Burjken, stimmte mich weich.

(Fortsetzung folgt.)

Heer ist mit 99.116,165 fl. beziffert (um 1.206,109 fl. geringer als im Vorjahre). Die Marine beansprucht 9.971,034 fl. (um 58,160 fl. mehr). Das Netto-Erfordernis des Finanzministeriums beträgt 171,155 fl. (um 1030 weniger als vorjährig), der Pensionsetat erheischt 1.681,504 fl. (wie 1876), die Rechnungscontrole 128,870 fl. (um 1336 fl. mehr als 1876). Von dem Gesamtbetrage der Erfordernis sind 11.099,000 Gulden Zollertrag (um 901,300 fl. niedriger präliminirt als pro 1876) abzuziehen, dann die zu Lasten Ungarns fallenden 2 Prozent, so daß 101.087,208 fl. verbleiben, davon 70.761,042 fl. auf Westösterreich, 30.320,161 fl. auf Ungarn entfallen (für Oesterreich 476,854 fl., für Ungarn 204,366 fl. weniger Belastung als 1876).

Dies ist im letzten Abschlusse das Ziffermäßige der Vorlagen, welchen detaillierte Nachweise und Beleg beigegeben sind. Außerdem kommt die Schlußrechnung pro 1874 zur verfassungsmäßigen Behandlung. Hier hat die wirkliche Gebarung sich um 6.166,477 fl. ungünstiger gestaltet, als der Voranschlag gewesen, weil der Zollertrag um 6.389,232 fl. hinter den gestellten Erwartungen zurückblieb. Im Jahre 1875 war der Ausfall zwischen Voranschlag und wirklichen Zolleinnahmen 3.030,548 fl.; die letzteren um rund 800,000 Gulden höher, der Voranschlag um 2 1/4 Millionen niedriger gewesen als 1874, wo man noch mehr in Reminiscenzen an den „wirtschaftlichen Aufschwung" gewebt hatte.

Die Unterstützung der bosnisch-herzegowinischen Flüchtlinge

seitens der österreichischen Regierung erforderte seit Beginn des Jahres 1875 bis zum Monate Mai d. J. einen Aufwand von nahezu einer Million, der nunmehr im Wege der Bewilligung eines Nachtragscredits gedeckt werden soll. Infolge dessen sah sich das gemeinsame k. k. Ministerium des Außern veranlaßt, mit nachstehender Vorlage vor die Delegationen zu treten:

Es ist bekannt, daß infolge der Ereignisse, deren Schauplatz Bosnien und die Herzegowina seit 1875 geworden sind, ein Theil der dortigen christlichen Bevölkerung auf das Gebiet der Monarchie übergetreten ist. Nachdem die von Einigen mitgebrachte geringe Hilfe aufgezehrt war und sich für eine so große Zahl von Beschäftigungslosen keine Gelegenheit zum Erwerbe bot, erübrigte nichts anderes, als die Unterstützung der Flüchtlinge aus Staatsmitteln, denn die Armenpflege in den Ländern, wohin dieselben sich gewendet hatten, wäre unter den obwaltenden abnormen Verhältnissen dieser Aufgabe nicht gewachsen gewesen und die Zurückweisung der Herübergekommenen hätte nur jene Schwierigkeiten vermehrt, welche sich aus den stattgefundenen Ereignissen schon ergeben hatten. Berufen, über die Sicherheit der Monarchie zu wachen, glaubte das Ministerium des Außern, dieser Pflicht nur zu entsprechen, indem es mit der Zustimmung der Ministerien beider Reichshälften die Anordnung traf, daß den Flüchtlingen, wo es notwendig erschien, unter der Controle der Lokalbehörden Unterstützungen gewährt wurden, welche eben nur dem Zweck hatten, sie vor dem Verkommen zu bewahren. Es erhielten die Erwachsenen täglich 10 kr. und die Kinder täglich 5 kr. Die hierzu notwendigen Geldbeträge wurden mit Zustimmung der Finanzminister beider Reichshälften den Interessen der 1867er Centralactiven vorzuschussweise entnommen.

Das Ministerium des Außern beehrt sich nunmehr, den Delegationen diesen Vorgang anzuzeigen und mittelst dieser Vorlage um die erforderliche Creditbewilligung zu ersuchen. In vorausgegangenen Jahren wurden bereits mehrmals Ausgaben, welche im gemeinsamen Interesse zur Abwendung drohender Gefahren, wenn auch nur in dem Gebiete einer Reichshälfte, gemacht werden mußten, unter den gemeinsamen Auslagen verrechnet und bewilligt. Die gegenwärtig in Rede stehenden Auslagen dürften umsomehr in gleicher Weise zu behandeln sein, als der Grund für sie ein analoger ist und sie überdies auch in beiden Reichshälften gemacht werden müssen. Deshalb wird zu diesem Zwecke die Bewilligung von Nachtragscrediten zum Voranschlage des Ministeriums des Außern für die Jahre 1875 und 1876 angesprochen und gleichzeitig in Aussicht gestellt, daß vonseite der Ministerien jeder Reichshälfte bei der Legislative die Genehmigung zur Entnahme des betreffenden Quotenbeitrages aus den 1867er Centralactiven eingeholt werden soll.

In Bezug auf die Höhe der gemachten Auslagen geht aus den Zahlungsanweisungen, die vom Ministerium des Außern auf Grund des von den betreffenden Landesbehörden nachgewiesenen Bedürfnisses erlassen worden sind, hervor, daß im Jahre 1875 476,910 fl. 9 kr. und im Jahre 1876 bis jetzt 519,727 fl. 52 kr. zu dem gedachten Zwecke angewiesen wurden. Insofern es sich speciell um das Jahr 1876 handelt, konnte bis zu dem gegenwärtigen Augenblicke die Zahlung der Unterstützungen noch nicht eingestellt werden, allein es wird diese Auslage in nicht allzu ferner Zeit successive aufhören, und es wird der Rechnungsabschluß pro 1876 die richtige Ziffer ergeben. Nach dem Vorausgeschickten stellt das Ministerium des Außern das Ersuchen, die

zu wissen, daß er der Erste sein würde, mein Verhalten zu billigen.

Hierauf schrieb ich an den Capitain, setzte auch ihn von meinem Entschlusse, ein Duell mit Herrn Dyart zu provocieren, in Kenntniß, danke ihm für die zahllosen Beweise des Wohlwollens, welche er mir gegeben, und die unverlöschlich in meinem Gedächtnisse bleiben würden, und nahm dann auf alle Fälle von ihm und der Mannschaft Abschied.

Ich hatte noch eine Baarschaft von zweihundert Pfund Sterling bei mir; vor der Hand war das genug für mich. Mein Plan war, mich mit der „Isabelle" nach Alexandrien einzuschiffen, dort angelangt mußte das Glück mir weiter helfen.

Nachdem ich so meine Angelegenheiten geordnet, begab ich mich zum Capitain, und bat ihn, damit ich nicht neuen Unannehmlichkeiten mit Herrn Dyart ausgesetzt sei, um eine schriftliche Erlaubnis, am Lande zu bleiben, falls ich durch irgend einen Grund dazu genöthigt sein werde. Der Capitain bewilligte meinen Wunsch, indem er mir ein Blanquett zustellte, in welchem ich nur das Datum auszufüllen hatte.

Nun blieb mir nichts weiter übrig, als in Ruhe den Moment zu erwarten, welcher der Ausführung meines Vorsatzes günstig war.

Eines Morgens zeigte Lieutenant Dyart dem Capitain an, daß er an das Land zu gehen wünsche und vor Abend nicht zurückkehren würde.

Raum hatte Lieutenant Dyart das Schiff verlassen, so befahl ich Tom, ein Boot für mich bereit zu halten. Ich hatte all mein Geld und alle meine Papiere, wie auch meine Pistolen zu mir gesteckt.

Als ich an das Land sprang, fiel eine meiner Pistolen zu Boden. Tom hob sie auf und betrachtete sie einen Augenblick schweigend. „Sie haben kein Ver-

hohe Delegation wolle beschließen: „Dem Ministerium des Aeußern werden zu außerordentlichen Ausgaben für Unterstützungen an die Flüchtlinge aus Bosnien und der Herzegowina Nachtragcredite bewilligt, und zwar: für das Jahr 1875 475,910 fl. 9 kr., für 1876 519,727 Gulden 52 kr.“ Wien im Mai 1876. Der Minister des Aeußern Graf Andrassy m. P.

Griechenland und die Türkei.

Verlässlichen Nachrichten zufolge, macht sich in neuester Zeit auch in Griechenland eine der Türkei feindselige Stimmung bemerkbar, die ihrer gewiß nicht abzuleugnenden großen Bedeutung wegen alles eher als ignoriert werden darf. Die „Politische Correspondenz“ vom 16. d. M. veröffentlicht einen ihr hierüber aus Athen zugehenden, sehr interessanten Artikel, der sich über die herrschende Stimmung in Griechenland mit ruhiger Objectivität ausdrückt und vielseitige Beachtung fand. Wir entnehmen demselben nachstehendes Situationsbild:

„Alle inneren Fragen treten bei uns im gegenwärtigen Augenblicke in den Hintergrund. Die türkischen Wirren füllen die Spalten der unabhängigen und ministeriellen Presse, sind im Munde aller Patrioten und bilden mit einem Worte die stehende Rubrik der Tagesconversations.“

Daß die Bemühungen der Großmächte durch eine provisorische Dämpfung der im türkischen Reiche ins Sieden gerathenen Angelegenheiten vorerst auf die Lösung einer durch den Aufstand geschaffenen slavischen Frage durch Gewährung einer partiellen Autonomie gerichtet sind, das ist es hauptsächlich, was das ohne Widerrede auf der Südhälfte der Balkanhalbinsel dominierende griechische Element gegenwärtig in sieberhafte Aufregung versetzt.

Trotz aller schon seit dem Ausbruch des Aufstandes hier und in den griechischen Provinzen der Türkei herrschenden Sympathien für die aufständischen Slaven war für das hellenische Element der Impuls zu indirect und die den Frieden mit aller Macht vertretende Politik der griechischen Regierung zu maßgebend, um damals schon den zündenden Funken einer nationalen Erhebung auch in die benachbarten Provinzen des ottomanischen Reiches zu tragen. Ja, es darf bestimmt ausgesprochen werden, daß die Türkei bis zur Stunde keinen nützlicheren Bundesgenossen gehabt, der ihr die freie Verfügung über die Mittel zur Niederwerfung des Aufstandes so bequem gesichert hätte, als eben das kleine souveräne, und das große unter türkischer Herrschaft befindliche Griechenland. Mit Hintansetzung der eigenen Popularität haben die aufeinandergefolgten Cabinette Deligiorgis, Trikapis und hauptsächlich das gegenwärtige, Komunduros, die Politik des Friedens und der Freundschaft gewahrt, und niemand kann es leugnen, daß besonders Komunduros jede feimende Lust zu demonstrativen Bewegungen jenseits der Grenze kräftig rückte, wodurch allein der Türkei Luft geschaffen wurde, alle ihre Kräfte in ihren Nordprovinzen zu concentriren. Nun hat sich aber die Lage wesentlich geändert.

Die türkenfreundliche Politik des Cabinets Komunduros hat weder ihm noch dem Lande irgend welchen Nutzen, dafür aber einen um so fühlbareren Schaden gebracht. Man erkennt hier, daß man sich in die türkenfreundliche Politik zu tief eingelassen und dadurch auch die Sorge für die Bereitschaft gegen mögliche Eventualitäten außer Acht gelassen habe. Nicht eine gerechte Anforderung Griechenlands, die den türkischen Staatsmännern nur einen Federstrich gekostet hätte, ist erfüllt worden. Weder der Vertrag über die Eisenbahnen, noch der Handelsvertrag mit Rumänien, beide für Griechenlands Interessen so wichtige Angelegenheiten, noch auch die schwebende Frage des Indigenats der Griechen in der Türkei sind geregelt worden. Die loyale Haltung Griechenlands ist leider geradezu ignoriert worden.

Es ist nun selbstverständlich, daß die griechische Regierung unter solchen Umständen, welche die Unhaltbarkeit der seitherigen Politik bewiesen haben, letztere nicht mehr festhalten kann und darf. Der Lauf der Begebenheiten zwingt die griechische Regierung zu einer ungesäunten und thatkräftigen Aenderung ihrer Politik.

Haben nicht fast drei Millionen Griechen in Epirus, Thessalien, Macedonien, Thracien, Kleinasien, den türkischen Inseln des Archipels und in Kreta auch dieselbe drückende Fremdherrschaft, wie die Slaven der Herzegowina, Bosniens und Bulgariens zu tragen, für welche letztere die Autorität der Großmächte Europa's jetzt ihren Einsatz macht? Ist es nicht widersinnig, zur Zeit, wo andere Nationen Europa's in den Vollbesitz ihrer Unabhängigkeit und Einheit gelangt sind, daß eine so bedeutende, gewandte, gebildete und reiche Nation, die doch unbestritten auf einer weit höheren Kulturstufe als das gesammte slavische Element steht, die aber zudem in Sachen der Bildung, der Wissenschaften, des Handels, des Reichthums und Wohlstandes dominierend in der Türkei das Recht, ist es nicht widersinnig, daß gerade diese Nation verurtheilt sein sollte, unter asiatischem Regimente fortzuvegetieren? Diesen Widersinn ignorieren die Großmächte, indem sie, die mit der Türkei Ordnung machen, nur von der Existenz türkischer Slaven, nicht aber auch von jener türkischer Griechen Act nehmen. Angesichts solcher Verhältnisse darf es nicht Wunder

nehmen, die griechische Nation zu der Politik des: Aide toi, et le ciel t'aidera ihre Zuflucht nehmen zu sehen. Es ist zu dem Punkte gekommen, daß das Cabinet Komunduros die Chefs der bevorstehenden griechischen Bewegung kaum mehr im Zaume halten kann.

Schon fordert die Bevölkerung Griechenlands die allgemeine Volksbewaffnung und Reorganisation der Nationalgarde; schon wüthen die oppositionellen Blätter gegen die sorglose Unbereitschaft der Regierung; schon fordern auch die ministeriellen Organe zur schleunigen Vorbereitung auf und schlagen dem entsprechend die außerordentliche Einberufung der Kammer vor, um den nöthigen Credit zu bewilligen; schon mußte die Regierung einerseits Leute aufhalten, die mit Wessungen und Mitteln versehen über die Grenze wollten, andererseits der drängenden öffentlichen Meinung Folge leisten und eine Commission aus Offizieren bilden, welche auf Kreta und in Thessalien im Jahre 1854 Erfahrungen gesammelt haben und die nun über die Mittel zur militärischen Bereitschaft des Landes zu referieren haben werden.

Mit einem Worte, die Regierung, welche für den Moment wenigstens ihre Friedenspolitik ostentibel und officiell noch nicht aufgegeben, befindet sich in einer schwierigen Lage, die sich noch schwieriger gestalten wird, je wahrscheinlicher die zugunsten der Slaven zu gewärtigenden Resultate auch das griechische Element anspruchsvoller und begehrlischer machen werden. Dies ist der thatsächliche Charakter der Sachlage in Griechenland. Vielleicht nimmt man in Europa Anlaß davon, sich auch um die griechische Frage zu interessieren, die, wenn außer Acht gelassen, auf die Lösung der bestehenden Verwicklungen schwerlich einwirkend einwirken dürfte.

Der Gerichtshof hat den Prozeß gegen das Cabinet Bulgaris bis zum 20. September a. St. vertagt und verurtheilt das Aerar zu den Kosten, weil die fünf Anwälte der Kammer nicht Sorge getragen hatten, sämtliche Entlastungs- und Belastungszeugen zu versammeln. Angesichts der politischen Ereignisse ist es vielleicht besser so. Grivas, Bulgaris und Nikosopoulos ließen sich krank melden, nur Balassopoulos und Tringetas waren erschienen. — Das Namensfest des Königs wurde diesmal mit regerer und freudigerer Theilnahme als im vorigen Jahre begangen. Auch die Universitäts-Phalanx nahm Antheil an derselben.

Politische Uebersicht.

Laibach, 18. Mai.

Der Budget-Ausschuß der österreichischen Delegation ist bereits in voller Arbeit. Die vorgestrige Sitzung desselben verlief in lebhafter Weise. Das Interesse concentrirte sich hauptsächlich auf die schon in der vorjährigen Delegation gegebene Anregung, den aus der Zeit vor Einführung der allgemeinen Wehrpflicht aus den „Loskauf“-Gebühren herrührenden „Stellvertreter-Fonds“ zur theilweisen Tilgung außerordentlicher Militär-Auslagen zu verwenden. Eine diesbezügliche, das Budget für 1878 betreffende Resolution wurde von den meisten Rednern, darunter auch Brestel und Herbst, aufs wärmste unterstützt, von Giska aber bekämpft und schließlich mit großer Majorität angenommen. Dr. Brestel kündigte an, daß er schon bei der Budget-Debatte für 1877 die Verwendung des genannten Fonds zur theilweisen Deckung der Kosten für die neuen Kanonen beantragen werde.

Wie aus München gemeldet wird, fand die Enthebung des Herrn v. Eisenhart von dem Posten eines Privatsecretärs des Königs nicht insolge eines Besuches Eisenharts, sondern aus eigener Initiative des Monarchen statt. Damit würden auch die Combinationen finanzieller Natur, die man an den Rücktritt Eisenharts knüpfen wollte, als hinfällig zu betrachten sein; daß derselbe keine politischen Folgen habe, wird allgemein zugegeben.

Das deutsche Panzer-Geschwader unter Contre-Admiral Batsch soll — wie der „Allgemeinen Zeitung“ aus Berlin, 16. d. M., telegraphisch gemeldet wird — am 22. d. M. nach Salonichi in See gehen.

Die französische Deputiertenkammer verhandelt seit 16. d. M. über die Amnestie-Anträge; nach dem Ergebnis, welches eine am Sonntag abgehaltene Versammlung der republikanischen Linken in der Angelegenheit hatte, darf man annehmen, daß sämtliche Anträge und Amendements abgelehnt werden.

An den Verhandlungen in der Kammer will auch der Prinz Napoleon, der am Sonntag in Vaccio gewählt wurde, noch theilnehmen, und zwar will er zugunsten der Amnestie sprechen. — Die Ernennung des Herrn v. Marcöre zum Minister des Innern soll eine Aenderung weder in dem Personale des Ministeriums des Innern und seiner sämtlichen Dienstzweige, noch in den von Herrn Ricard entworfenen Präfecten- und Unterpräfecten-Ernennungen zur Folge haben. Herr v. Marcöre übernimmt die Erbschaft Herrn Ricards, wie er sich selbst ausgedrückt haben soll, ohne die Rechtswohlthat des Inventars.

Aus Madrid wird unter dem 14. d. M. gemeldet, daß die Regierung diesertage dem Senate den Gesetzentwurf über die Fueros (Privilegien) der drei baskischen Provinzen und Navarra's einbringen werde. Zahlreiche Delegierte aus den anderen Provinzen sind in Madrid eingetroffen, um von der Regierung die

Aufhebung dieser Fueros zu verlangen, welche bisher den Basken und Navarresen fast völlige Steuer- und Rekrutierungsfreiheit, so wie eine sehr weitgehende Selbstverwaltung sicherten. Andererseits sind auch Delegierte aus Navarra angekommen, um mit dem Ministerpräsidenten Canovas del Castillo zu conferieren und von den Fueros zu retten, was noch zu retten ist.

Eine Depesche der „Agence Havas“ aus Athen vom 15. d. M. kündigt die Abfahrt der französischen Flottenabtheilung und der russischen Fregatte „Swetlana“ mit dem Großfürsten Alexis nach Salonichi an und meldet, daß die türkischen wie die griechischen Posten an der Westgrenze Griechenlands verstärkt wurden. Es sollen sich dort nemlich fremde Emissäre gezeigt haben, welche das Volk der türkischen Grenzgebiete aufzuwegelten suchen. In Griechenland herrscht Ruhe; dagegen wird von großer Aufregung in Candia berichtet.

Tagesneuigkeiten.

(Orden an Ausländer.) Sr. Majestät der Kaiser haben verliehen: dem ehemaligen Kön. hannoverschen Generalstabarzt Dr. Ludwig Strohmeier und dem venetianischen Deputierten des italienischen Parlamentes Commendatore Eugenio Brusonini das Comthurkreuz des Franz Josef-Ordens mit dem Sterne, dem Cabinetescheß des ägyptischen Justizministeriums Nagauer Bey und dem Secretär des ägyptischen Ministeriums des Aeußern Gaudard Bey das Ritterkreuz des Leopold-Ordens, dem arabischen Mitgliede des Appellhofes in Alexandria Kadry Bey den Orden der eisernen Krone dritter Klasse, dem Kön. sächsischen Kapellmeister Karl Krebs, dem Schäferei-Inspector Ernst Heger in Sachsen und dem Beamten der Daira des Vicekönigs von Egypten Ahmed-Maxum Bey das Ritterkreuz des Franz Josef-Ordens.

(Zur salzburger Erzbischofswahl.) Ein Correspondent des „Vaterland“ aus Salzburg schreibt: „Am 27. d. wird ganz bestimmt die Wahl eines Nachfolgers für den Cardinal Lamoych vorgenommen. Wahlberechtigt sind nur 11, nemlich 10 Domherren und ein Domicellar (seit 25 Jahren Cooperator in einem Gebirgsdorf.) Die Reihe der Candidaten ist auf zwei zusammengeschmolzen: Abt Dr. Adalbert Ober von St. Peter und Fürstbischof Dr. Valentin Wiery von Gurk, Männer, die bei Klerus und Volk im höchsten Ansehen stehen. An eine Wahl aus dem Schoße des Capitels wird kaum mehr gedacht.“

(Haupttreffer.) Wiener Blätter berichten, daß bei der am 4. Mai l. J. abgehaltenen Ziehung der XVII. Staatswohlfähigkeits-Lotterie der erste Haupttreffer mit 80,000 fl. Papierrente zu Kajetein in Währen und der zweite Haupttreffer mit 15,000 fl. Papierrente in Bräun gewonnen wurde; wie man aus unterrichteter Quelle mittheilt, ist diese Meldung vollkommen begründet.

(Im Straßhause gestorben.) Der berüchtigte böhmische Räuberhauptmann Janáček ist am 14. d. M. in Karthaus nach reinem Gesändnisse aller von ihm begangenen Morde und Raubthaten gestorben.

(Postdebit-Entziehung.) Der in Verona erscheinende Zeitschrift „L'Arena“ ist auf Grund des § 26 des Preßgesetzes der Postdebit für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder entzogen worden.

(Aus Italien.) Wie die „Gazzetta d'Italia“ meldet, nehmen die Kräfte des Papstes jetzt ungemein stark ab. — Dem „Diritto“ zufolge hat sich das Bestehen Garibaldi's seit zwei Tagen verschlimmert.

(Eine Schlange.) Lille ist in Aufregung; es ist festgestellt, daß eine sehr giftige indische Schlange, Cobra capello oder Naja genannt, auf dem Bahnhofe zu Lille aus ihrem Behälter, in dem sie von Brüssel an den zoologischen Garten in Lille expediert ward, entkommen ist. Der Director des Jardin des Plantes in Paris, Herr Geoffroy Saint-Hilaire, hat einen Beamten mit befondern Instruktionen versehen, wie man sich der Schlange gegenüber zu benehmen habe — falls man sie findet. Hoffentlich übersteht sie aber diesen wunderbaren Monat Mai nicht, der in Frankreich ebenso lustig ist wie bei uns.

Lokales.

(Durchreise.) Sr. königliche Hoheit der Kronprinz von Dänemark ist mit dem vorgestrigen triester Einzuge im strengsten Incognito von Benedig hier durch nach Wien gereist.

(Ein verdientes Belohnen) wird heute um 4 Uhr nachmittags vom hiesigen Landespitale aus zu Grabe getragen. Es ist dies der 75jährige, provisorische Irenwärter Josef Pokoru, der gelegentlich seiner Versetzung in den Ruhestand in Anerkennung seiner belobten 40jährigen Dienstleistung als Wärter an der hiesigen Irenabtheilung von Sr. Majestät dem Kaiser durch Verleihung des silbernen Verdienstkreuzes ausgezeichnet wurde.

(Morastübersehung.) Wie uns von vollkommen verlässlicher Seite berichtet wird, wurde der Nothlage der Uebersehung auf dem laibacher Morast auch vonseite der Regierung die würdige Aufmerksamkeit geschenkt, indem die laibacher Bezirkshauptmannschaft dieselbe schon vom Anbeginn ihres Eintrittes im Auge behielt, von der Kammerloge der Be-theiligten des Bezirkes Laibach selbst Augenschein nahm und sich auch die weitere Ueberzeugung verschaffte, ob und welche Verfügungen zur Aufrechthaltung des Verkehrs der Zünftern, zur Sicherung von Menschen und Vieh und zur Hinzuhaltung von Unglücksfällen etwa nothwendig seien. Sie schaffte über Anordnung des Herrn I. I. Landespräsidenten unverzüglich die Mittel, dieser Noth möglichst ergiebig abzuhelfen. Der Bezirkshauptmann reiste wiederholt persönlich mit den angekauften Lebensmitteln,

